

Stellungnahme von ARD-aktuell zu der E-Mail von
Herrn Friedhelm Klinkhammer und Herrn Volker Bräutigam vom 06.05.2016
zu dem Vorwurf des verschleiernenden Sprachgebrauchs

In ihrer E-Mail vom 06.05.2016 kritisieren die Herren Klinkhammer und Bräutigam den - so wörtlich - „verschleiernenden Sprachgebrauch“ in dem Artikel „Russland rüstet an der Grenze auf“ auf tagesschau.de vom 04.05.2016.

Die Redaktion hat sich daraufhin den Beitrag noch einmal angesehen.



Die Petenten kritisieren insbesondere die Verwendung des Begriffes „Rüstung“. Dieser wecke die Assoziation „militärische Bedrohung, Feind, Aggression“. „Rüsten“ ist laut Duden die „Gesamtheit aller militärischen Maßnahmen und Mittel zur Verteidigung eines Landes oder zur Vorbereitung eines kriegerischen Angriffs“. In genau diesem Wortsinn hat die Redaktion den Ausdruck verwendet. Eine Überschrift soll das Interesse an einem Beitrag wecken und kann deshalb einen Sachverhalt verkürzt und / oder zugespitzt darstellen. In dem folgenden Artikel wird auf die konkret geplanten, militärischen Maßnahmen eingegangen. So heißt es unter anderem: „Das Verteidigungsministerium will mindestens 30.000 weitere Soldaten an der Grenze im Westen und Süden des Landes stationieren“.

In einer weiteren Zwischenüberschrift heißt es „Neuer NATO-Oberbefehlshaber will Ukraine aufrüsten“. Hier wird der Ausdruck im Bezug auf die NATO verwendet und im Fließtext erläutert. Eine „Dämonisierung“ Russlands können wir deshalb nicht erkennen. Über die Pläne der NATO haben wir ebenso ausführlich berichtet wie über die russischen.

Das von den Herren Klinkhammer und Bräutigam kritisierte „wording“ findet sich im Übrigen auch in anderen Artikeln und Berichten auf tagesschau.de über das angespannte Verhältnis zwischen der NATO und Russland. Wir verzichten an dieser Stelle auf eine ausführliche Linkliste, da die Texte durch eine Suche auf der Internetseite einfach zu finden sind.

Den Vorwurf der Propaganda bzw. der „propagandistischen Sprachverhunzung“ weisen wir ausdrücklich zurück.

Bei der Gestaltung unserer Nachrichtensendungen ist die Redaktion keinesfalls einer politischen Instanz, Partei oder sonstigen Interessengruppen in besonderer Weise verpflichtet. Das öffentlich-rechtliche ARD-Gemeinschaftsprogramm wird aus Rundfunkbeiträgen finanziert und arbeitet frei von staatlicher Einflussnahme. Wir versichern, dass wir uns tagtäglich bemühen, umfassend über das Weltgeschehen zu berichten. Dies war in dem beanstandeten Beitrag auch der Fall. Einen Verstoß gegen die Programmgrundsätze des NDR können wir daher nicht erkennen.

Dr. Kai Gniffke
18.05.2016